

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Zeitung aus dem Erzgebirge und der Oberlausitz mit den Kreisblättern des Kreises Aue.

Zeitung aus dem Erzgebirge und der Oberlausitz mit den Kreisblättern des Kreises Aue.

Erstausgabe am 1. Januar 1888. — Herausgeber: Auer Tageblatt Verlagsgesellschaft mbH. — Redaktion: Auer Tageblatt Verlagsgesellschaft mbH. — Druckerei: Auer Tageblatt Verlagsgesellschaft mbH. — Postamt: Auer Tageblatt Verlagsgesellschaft mbH. — Preis: 10 Pfennig.

Nr. 144

Mittwoch, den 24. Juni 1931

26. Jahrgang

## Folgen des Hoover-Vorschlags

Stürmische Hause an den Börsen — Die Reichsbank löst die Kredit einschränkungen — Washington empfängt Zustimmungs-Eklärungen

### Allgemeine Hause

Wie zu erwarten war, haben die deutschen Börsen auf Hoovers Vorschlag eine Welttempause mit einer stürmischen Hause geantwortet. In Berlin war die Bewegung so stark, daß nicht nur über 50 Plus-Minus-Zeichen an den Wallerlauf erschienen, sondern daß sich sogar die Feststellung der Kurse außerordentlich verzögerte. Bevorzugt waren natürlich in erster Linie die großen Papiere wie Aktien, Gießtritts- und Kunstscheine. Es gab Kurssteigerungen bis zu 20 Prozent. Auch der Börsenschluß war noch außerordentlich fest. In Leipzig gingen die Steigerungen ebenfalls über das übliche Maß hinaus.

Besonders anzumerken ist die Tatsache, daß auch in New York eine gewaltige Hause eingesetzt.

### Neue Situation für die Reichsbank

Berlin, 22. Juni. Nachdem sich am Dienstag der letzten Woche wieder Ruhe am deutschen Devisenmarkt eingestellt hatte, rechnete man im allgemeinen mit einem Anhalten des Rückgangs in den Devisenansforderungen. Unerwartet trat jedoch am Freitag der letzten Woche eine Wendung ein; die Devisenanforderungen stiegen stark und wiesen auch am Sonnabend keine Verminderung auf. Angesichts dieser Situation sah sich die Reichsbank gezwungen, die Kreditrestriktion in Anwendung zu bringen; die Folge war die Streichung der Privatdiskontnotiz am Sonnabend. Die Durchführung anderer Maßnahmen, etwa noch eine Durchsetzung oder die Herabsetzung der Dedungsgrenze, oder die Anspruchsnahme des Bereitschaftskredites der Golddiskontbank in New York kamen wegen des schlechten Eindrucks, den sie im Inland wie im Ausland gemacht hätten, nicht in Frage.

Die Botschaft des amerikanischen Präsidenten Hoover hat nun für die Reichsbank eine ganz neue Situation geschaffen. Das Reichsbankdirektorium erwartet vor vor allem starke psychologische Wirkungen, die zu einer allgemeinen Entspannung und zu einer Aenderung in der Mentalität in der ganzen Welt führen können. Man rechnet damit, daß das Ausland nicht im bisherigen Maß seine Kredite zurückzieht, und daß auch im Inland eine ruhigere Aussichtszeit eingeht. Dagegen wird die Reichsbank die Kreditrestriktion nur in der allermeisten Form durchführen, das heißt, es werden in jedem Falle Höhen und Schärfen bei der Durchführung der Restriktion vermieden werden. Die Reichsbank hofft auch, über den Halbjahrsultimo ohne weitere Maßnahmen hinwegzukommen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß sich der Notenumlauf in der letzten Woche weiter um 100 Millionen RM verringert hat, nachdem bekanntlich in Parallelismus zu den Devisenansforderungen sich ein Rückgang des Notenumlaufs vollzogen hat. Unter diesen Umständen ist heute von der Reichsbank die Privatdiskontnotiz wieder eingeführt worden.

### Effektenhause auch in New York

Deutsche Bonds kräftig erholt

New York, 22. Juni. Wallstreet stand heute zu Börsenbeginn völlig unter dem Einfluß der Hoovererklärung. Das Geschäft hatte ein gewaltiges Ausmaß und spielte sich bei großer Aufregung ab. Der Umsatz erreichte bereits innerhalb der ersten halben Stunde etwa eine Million Stück Aktien, während sich der Umsatz innerhalb des gesamten Börsenverlaufs in der letzten Zeit durchschnittlich auf zwei Millionen Stück pro Tag belief. Die Baissepartei war gezwungen, überfürstige Dedungsläufe vorzunehmen, dadurch wurden Kursprünge von 2 bis 15 Dollar ausgelöst.

Um Rentenmarkte waren vor allem deutsche Obligationen kräftig befestigt. Die Younganleihe hatte eine Kursbesserung um 4 Punkte zu verzeichnen. Auch an den Warenbörsen machte sich die optimistischere Beurteilung der Situation der Weltwirtschaft stark fühlbar. Am Baumwollterminemarkt trat eine Preiserhöhung von 2,5 bis 3 Dollar je Ballon ein.

### Genf und die Initiative Hoovers

Genf, 22. Juni. Wie von unerwarteter Seite verlautet, nicht man auch in den höheren Kreisen des Wall-

bundesrats dem Schritt der Vereinigten Staaten größte Bedeutung bei. Man bezeichnet ihn als eine der größten politischen Initiativen seit Kriegsende und erklärt, daß es sich hier wahrscheinlich um einen entscheidenden Wendepunkt handele. Selbst die französischen Kreise des Wallerlaufes können sich dieser Aussicht nicht entziehen. Man hört weiter die Meinung, daß Frankreich unter dem Druck der Weltmeinung wahrscheinlich gezwungen ist, sich in der einen oder anderen Form an dem Plan zu beteiligen. Allerdings ist man sich auch darüber klar, daß von Frankreich Schwierigkeiten zu erwarten sind, weil es von allen Beteiligten am unmittelbarsten betroffen wird. Man teilt die Aussicht, daß ein etwaiger Hinweis Frankreichs auf seine Finanzlage nicht als gerechtfertigt angesehen werden könne; denn die finanzielle Stärke Frankreichs ist auch hier nur zu bekannte. In Kreisen der Wirtschafts- und Finanzorganisationen des Wallerbundes hofft man, die Aktion Hoovers werde zu einer Umlenkung der Wirtschaft beitragen, wobei aber auch vor dem Glauben, daß die Weltwirtschaftsliste nun mit einem Schlag überwunden werden könne. Im übrigen glaubt man auch hier, daß England und Italien sich ohne weiteres mit dem Plan Hoovers einverstanden erklären werden.

### Zustimmung Englands, Österreichs und Bulgariens

Washington, 22. Juni. Der britische Botschafter teilte dem Staatsdepartement mit, daß die britische Regierung den Vorschlag Hoovers begrüße. Der Botschafter beriet heute vormittag lange mit Unterstaatssekretär Castle. Dieser hatte darauf eine Besprechung mit dem Gesandten Österreichs, der dem Vorschlag Hoovers im Namen Österreichs zustimmte. Der italienische Botschafter teilte dem Staatsdepartement mit, daß er die Antwort aus Rom nicht vor morgen erwarte. Der bulgarische Gesandte sprach dem Staatsdepartement offiziell die Dankbarkeit seiner Regierung aus.

Hunderte von Glückwunschtelegrammen sind aus allen Teilen der Welt im Weißen Hause eingegangen.

### England und die Hoover-Eklärung

Bondon, 22. Juni. Nach wie vor bildet der Vorschlag Hoovers und seine Wirkung auf die politische Konstellation der Welt das Hauptthema der Presse. In amtlichen britischen Kreisen glaubt man, daß der gesamte Fragenkomplex Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen den interessierten Mächten sein werde und nicht daher Hendersons bevorstehenden Besuch in Paris wegen des persönlichen Kontaktes mit den französischen Staatsmännern erhöhte Bedeutung habe. Man rechnet damit, daß sich Henderson nach seinem Pariser Besuch, der am 15. und 16. Juli stattfinden wird, direkt nach Berlin begibt und hier mit Macdonald zusammentrifft. Vorläufig gibt man der Genugtuung über die durch Hoovers Initiative ins Rollen gekommene Wandlung in der amerikanischen Haltung zu den europäischen Wiederaufbausorgen Ausdruck.

### Macdonald zu Hoovers Erklärung

Bondon, 22. Juni. Auf Anfrage Baldwin, des Führers der Opposition, erklärte Macdonald im Unterhaus, die Regierung begrüße die Erklärung Hoovers von ganzem Herzen. Sie erkläre sich bereits sofort bereit, diesen Vorschlag im Prinzip zu unterschreiben. Die Regierungsmänner seien bereit, an der Ausarbeitung der Einzelfragen mitzuwirken, um der Erklärung Hoovers ohne Verzug zu praktischer Wirkung zu verhelfen. Das Unterhaus könne nicht erwarten, daß er gegenwärtig mehr darüber sage. — Baldwin und Lloyd George erklärten sich mit den Neuheiten Macdonalds einverstanden.

### Keine lange Diskussion

Eklärung Stimson's

Washington, 22. Juni. In der heutigen Pressekonferenz teilte Staatssekretär Stimson mit, daß die formelle Unterbreitung des amerikanischen Plans bei den beteiligten Mächten bereits auf diplomatischem Wege erfolgt sei. Dass eine internationale Konferenz zur Diskussion über Hoovers Vorschlag einberufen werde, lehnte Stimson zunächst ab. Es besteht, bis

Ungelegenheit drängt so sehr, daß man zu Konferenzen und langen Debatten keine Zeit habe. Was man gebraucht, sei eine sofortige herzliche Zustimmung aller Mächte. Nur das werde den benötigten psychologischen Effekt auslösen und die spätere Ratifikation durch den Kongreß der Vereinigten Staaten so gut wie sicherstellen. Wenn aber die Aktion nicht einstimmig erfolge, so kann überhaupt nichts erreicht werden. Gießt sie trotzdem eine lange Debatte würde alles zunutze machen. Stimson ging hierauf auf den Hindenburgbrief ein, zu dem er bemerkte, daß er erst am Sonntag, also nach der Erklärung Hoovers, hier eingetroffen sei. Er erklärte, daß es nicht der Hindenburgbrief gewesen sei, der Hoover zu einer sofortigen Aktion veranlaßt habe, sondern daß der Hindenburgbrief lediglich die Wichtigkeit des Hoover'schen Schrittes bestätigt habe. Eine Frage nach der Übereinstimmung beantwortete Stimson dahin, daß gutes Einvernehmen in einer gerechten Sache, nämlich in der Erleichterung der Lage Deutschlands, sicher auch gutes Einvernehmen in einer anderen Angelegenheit, nämlich in der Einigung über Rüstungsbeschränkungen im Gefolge haben würde.

### Das Schicksal der Sachleistungen

Berlin, 22. Juni. In politischen Kreisen beschäftigt man sich auch lebhaft mit der Frage, was bei einer Einstellung der Reparationszahlungen am 1. Juli aus den Sachleistungen werden wird. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß auch die Sachleistungen mit eingestellt werden. Sie betragen im laufenden Jahr und Reparationsjahr etwa 450 RM. Natürlich werden gewisse Industrien von einer Einstellung dieser Sachleistungen betroffen werden. In unterrichteten Kreisen hält man diesen Schaden aber nicht für sehr groß, da nach Ansicht der Fachleute mehr als die Hälfte schätzungsweise sogar 80 bis 80 Prozent des normalen Exports in den Sachleistungen enthalten sind. Ein großer Teil der Lieferungen würde also ganz automatisch auf den Export übergehen. In Kreisen der Regierung ist man der Auffassung, daß die freiwerdenden Reparationsgelder in erster Linie zur Reservebildung und zur Konsolidierung kurzfristiger Kredite verwendet werden müssen, daß es darüber hinaus aber auch notwendig sein wird, einen Ausgleich für den Ausfall eines Teiles der Sachleistungen zu schaffen. Der Zweck des Schuldenheiljahres ist ja gerade, die Wirtschaft wieder zu beleben. 600 Millionen von der Anuität hat bekanntlich die Reichsbahn aufzubringen. Es ist zu erwarten, daß ein Teil dieses Betrages für Zwecke der wirtschaftlichen Umlenkung verwendet wird, um den Fortfall der Sachleistungen wettzumachen.

### Frankreich und der Vorschlag Hoovers

Paris, 22. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt zu wissen, daß der französische Botschafter in Washington sich Staatssekretär Stimson gegenüber zu dem Vorschlag des Präsidenten Hoover dadurch geäußert habe, daß Frankreich die edelmütigen Gefühle begrüße, die Hoovers Initiative herbeigeführt haben, und daß Frankreich bereit wäre, dem Vorschlag des Präsidenten zuzustimmen, daß es aber den Wunsch habe, das Problem einer ausführlichen Prüfung zu unterschreiben, ehe es amtlich seine Antwort zur Kenntnis bringt. Mit internationalen, finanziellen oder diplomatischen Verhandlungen vertraute Persönlichkeiten seien der Ansicht, daß eine Zustimmung Frankreichs von Garantien begleitet sein müsse, daß das Moratorium Hoovers, das nur für ein Jahr Gültigkeit habe, den Youngplan nicht verlegen dürfe und die Unantastbarkeit der ungeschuldeten Annullitäten Deutschlands beachten müsse. Bestimmte Finanzkreise Frankreichs sahen deshalb ins Auge, daß Deutschland für 1931/32 500 Millionen RM oder die ungeschuldeten Frankreich in nationalen Devisen zahlt, die Frankreich für Darlehen an interessierte Nationen zur Verfügung stellt. Das im französischen Budget auftretende Defizit könnte durch die Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine zum Ausgleich gebracht werden. In einem Falle würde man zur Aussetzung neuer Steuern scheitern. Um diese verschiedenen Maßnahmen, die auf Frankreich viel schwerer als auf England und Italien